

EU-REFERENDUM

Gleichberechtigte Contra-Propaganda



Pro und Contra in einer Partei: François Bausch steht für drei Viertel der Mitglieder von Déi Gréng, die Ja zur Verfassung sagen. Muck Huss hingegen sagt privat Nein, will sich jedoch im Parlament der Parteilichheit beugen und mit Ja stimmen. (Foto: Déi Gréng, Montage woxx)

In vier Monaten sollen LuxemburgerInnen Ja oder Nein zur Europäischen Verfassung sagen. Doch wie sollen sie sich ihre Meinung bilden? Bislang fehlt die offizielle Linie für Informationskampagnen.

Den neuesten Prognosen nach könnte es knapp werden. Im Eurobarometer, einer Umfrage der EU-Kommission von Ende vergangenen Jahres, sprechen sich gerade einmal 57 Prozent der Befragten in Luxemburg für die neue europäische Verfassung aus, 12 Prozent sagen Nein und rund ein Drittel sind bislang unentschieden. Die Zahlen zeigen: Überzeugungsarbeit könnte sich noch lohnen. Und: Information tut Not. Denn in demselben Eurobarometer geben knapp über die Hälfte der Befragten an, nur wenig über den Inhalt der Verfassung zu wissen. Immerhin 23 Prozent geben zu, noch nie etwas von dem europäischen Grundgesetz gehört zu haben.

Es sei deshalb dringend notwendig, meinte die DP am 1. Februar in einem Pressecommuniqué, in Sachen Informationskampagne aktiv zu werden. In ihrem Schreiben fordert die Demokratische Partei die Regierung auf, baldmöglichst eine Broschüre "d'explication résumant les points fondamentaux du texte en question" an alle Luxemburger Haushalte zu verteilen. Dies sei, so die DP, nützlicher als die Umsetzung der europäischen Verfassung an ein persönliches Schicksal zu knüpfen. In der Tat dürfte die dünne Informationsschicht Premier Jean-Claude Juncker nicht gefallen. Juncker, der hinter den Kulissen bereits als Präsident der Europäischen Union gehandelt wird, hatte Ende vergangenen Jahres in einem RTL-Interview auf die Frage, was er zu tun gedenke, wenn die Mehrheit der LuxemburgerInnen Nein zu dieser Verfassung sagen, lapidar mit "das wird dann nicht mehr mein Problem sein" geantwortet. Und de facto seinen Rücktritt für diesen Fall erklärt.

Offizielles Ja

Ein Versuch politischer Erpressung oder nur der Ausdruck eines gesunden politischen Selbstbewusstseins des ersten EU-Präsidenten in spe? Immerhin wird der Posten des neuen Oberhauptes der EU überhaupt erst durch

die Ratifizierung der Europäischen Verfassung geschaffen. Guten Rat könnte sich der amtierende Ratspräsident bei seinen Vorgängern holen. Unbestätigten Presseberichten nach soll die niederländische Regierung ein Budget von 1,5 Millionen Euro dafür vorgesehen haben, eine Kampagne gegen die EU-Verfassung zu bekämpfen. Dieses Geld sei für den Fall vorgesehen, dass das Lager der Nein-Sager erfolgreich mit seiner Propaganda wäre. Offiziell hat die Regierung eine Million Euro für eine Informationskampagne zum Referendum vorgesehen - eine Summe, die gleichgewichtig zwischen Befürwortern und Ablehnern aufgeteilt werden soll.

"Die Regierung sollte sich am besten ganz raushalten", wünscht sich François Bausch, Fraktionspräsident von Déi Gréng, für Luxemburg. Ein extra Budget aus der Staatskasse, um Ja- oder Nein-Kampagnen zu finanzieren, findet er problematisch. "Nach welchen Kriterien sollte man das Geld verteilen?", fragt sich der grüne Abgeordnete. Die in der Chamber vertretenen Parteien gehörten bis auf eine Ausnahme ohnehin zum Pro-Lager. "Und eigentlich müssen die Parteien selbst für ihre Kampagnen sorgen", so Bausch. In der Conférence des Présidents der Chamber sei man sich bislang quer durch die Parteien einig, dass auch die Gegner der Verfassung angehört werden müssen. Geplant seien etwa ein Dutzend Rundtischgespräche, zu denen beide Fraktionen eingeladen würde. Zudem sollen auch VertreterInnen der Zivilgesellschaft in einem Hearing der Chamber zu Wort kommen. "Bislang ist nicht entschieden, wie der Aktionsplan genau aussehen wird", sagt der Generalsekretär der Chamber, Claude Frieseisen. Erst in anderthalb Wochen könne man ein offizielles Programm bekanntgeben, so Frieseisen. Der Punkt, ob ein spezielles Budget für Kampagnen vorgesehen wird, sei bislang nicht diskutiert worden.

Wiederholt verlangte das Komitee "Non à la Constitution européenne", dass alle Bedingungen "für eine demokratische Debatte" erfüllt sein sollten. "Wir fordern die Hälfte der Redezeit bei den geplanten Rundtischgesprächen", sagt der Koordinator des Komitees André Kremer. "Zudem müssen wir dieselben Mittel, unsere Meinung auszudrücken zur Verfügung gestellt bekommen." In einer Resolution, die dem Chamberpräsidenten überreicht wurde, verlangt das Komitee ebenfalls die Beteiligung an der offiziellen Kampagne. Unter anderem fordern die Gegner der Verfassung, im Informationsmaterial, das von der Regierung oder Chamber verteilt werden soll, zu Wort zu kommen.

Nun kommen die GegnerInnen der Verfassung bekanntlich nicht nur aus einem politischen Lager. Doch die Gefahr, dass sich linke und rechte Positionen miteinander vermischen, sieht André Kremer nicht. "Unsere Argumente sind klar", so Kremer. "Und wenn Rechtskonservative aus anderen Gründen gegen die Verfassung sind, ist das deren Problem." Doch die Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass eine Auseinandersetzung und Abgrenzung im Lager der Nein-Sager durchaus angebracht wäre. Denn bislang überwiegen unter den Nein-Sagern die Argumente von rechts. Fast ein Drittel der Befragten gaben an, die Europäische Verfassung führe zu einem Verlust der Souveränität und immerhin 22 Prozent fürchten eine weitere Erweiterung der EU und sind gegen die Aufnahme der Türkei. Nur zwölf beziehungsweise 13 Prozent führen Defizite in der Verfassung in Sachen Demokratie oder Sozialfragen ins Feld.

Zudem sprachen in derselben Umfrage nur 51 Prozent ihre Absicht bekannt, am Referendum teilzunehmen. Auch dies zeigt ein deutliches Informationsdefizit: In Luxemburg ist das Referendum ebenso wie Chamber- oder Gemeindewahlen obligatorisch. Ob Ja oder Nein, diese Frage stellt sich demnach gar nicht erst.

Danièle Weber

Frauen fordern mehr

Zehn Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking haben sich in Luxemburg die EU-GleichstellungsministerInnen getroffen, um die Verwirklichung erreichter Ziele zu bilanzieren. Dabei fallen erwartungsgemäß die Einschätzungen der Regierungen insgesamt positiver aus als die der nationalen Frauen-Nichtregierungsorganisationen. Die Frauenräte und -organisationen haben deshalb alternative "Schattenberichte" zu den Berichten ihrer Regierungen erstellt. Der 16-seitige alternative Bericht der Luxemburger Frauendachorganisation CNFL stellt eine Reihe von Lücken fest. Vor allem im Bereich Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting gebe es noch viel zu tun. Die CNFL fordert dafür ein eigenständiges Gleichstellungsministerium, eine unabhängige Instanz, welche die Aktionen der Politik in Sachen Gleichstellung wirksam kontrolliere, sowie die Verstärkung des Comité du Travail Féminin. Das Gremium, in dem auch Frauen-NGOs vertreten sind, wurde übrigens vom Frauenministerium nicht in die Vorbereitungen von "Peking +10" einbezogen.

Halsdorf verspricht Besserung

Die Verseuchung des Sebes-Wassers hat diese Woche den parlamentarischen Innenausschuss beschäftigt. In der Kritik stand die Informationspolitik von Innenminister Jean-Marie Halsdorf bei dem Zwischenfall vor drei Wochen. Erst mehrere Stunden nachdem die Sebes die Bakterienverschmutzung des Trinkwassers in ihrem Hauptbecken gemeldet hatte, wurden die einzelnen Gemeinden informiert - manche erst nach 17 Uhr, als deren Büros nicht mehr besetzt waren. Halsdorf kündigte nun eine bessere Kommunikation an. Und sein CSV-Parteikollege, der Ausschuss-Vorsitzende Marco Schank, wies darauf hin, dass VertreterInnen des Gemeindefonds Syvicol künftig in den Krisenstab und in die Arbeitsgruppe, die mit der Verbesserung der Kommunikation betraut ist, aufgenommen werden. Wie Letztere funktionieren soll, steht noch nicht fest. Mit SMS sei es nicht getan, hieß es. Mit zu langem Warten aber auch nicht. Bakterien verbreiten sich schneller als eine Nachricht aus dem Innenministerium.

Nächste Woche: Navigation à vue

Eine Zwischenbilanz des Pilotprojektes im Cycle inférieur zeigt: Die Vorteile überwiegen. Doch der Modellversuch kommt in eine kritische Phase - und kompetente Hilfe zu finden, ist nicht so einfach.

Medienprofis am Werk

Öffentlichkeitsarbeit ist ein hartes Geschäft. Fristgerecht müssen Presstexte verfasst, Konferenzen einberufen und die Medien auf dieses oder jenes Event hingewiesen werden. Um dem Stress etwas aus dem Wege zugehen, wird sich zunehmend professioneller Meeting-OrganisatorInnen bedient. So machte es dieser Tage auch das Frauenministerium, um die Peking +10 Konferenz auf Kirchberg über die Bühne zu bringen. Die Medien-Profis ließen sich so manches einfallen, um Fehlerquellen zu vermeiden. Wie bei den drei Chinesen mit dem Kontrabass, wurden deshalb in den Mediennamen sämtliche Vokale außer dem weiblichen "A" aus den Adressen gestrichen, weshalb unsere Einladung an die Waxx adressiert war. Laxambargar Wart, Tagablatt, La Vaax, La Qaatadaan, Jaarnal, Zaatang, La Jaada, faaarkrap, Latzabaargar Land, Talacran, Ravaa - dar Track mat dam anzagan Vakal halft Gald sparant, dann as varanfacht da Karaktar angaman. Zam Glack hat fraa das "A" gawahl, dann mat dam "U" wurdu us "wuxx", mut dum "I" sigir "wixx" gihissin hibin. Igitt ...